

Ulrich Maurer, Hans Modrow  
(Hrsg.): Überholt wird links.  
Was kann, was will, was soll  
die Linkspartei, edition ost  
Berlin 2005, 232 S. (12,90 €)

*Hans Modrow*, der Ehrenvorsitzende der Linkspartei.PDS, ist ein umstrittener Mann. Auch in der Partei, in der er dieses Amt bekleidet. Denn nie hat er ein Hehl daraus gemacht, welche Sorgen ihm deren Entwicklung bereitet, und auch jetzt, da sich mit dem Zusammengehen von Linkspartei und Wahllalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) eine gesamtdeutsche Linke zu formieren scheint, hält er mit seinen Bedenken, Einwüfen und Forderungen nicht hinterm Berg. Reiben kann man sich an diesen Standpunkten immer, denn Modrow hat sich eine Tugend bewahrt, die unter Politikern nicht so sehr häufig ist: Nicht nur bringt er seine eigenen Auffassungen gedruckt unter die Leute, sondern er lädt auch andere ein, es ihm gleich zu tun. So hat man unterschiedliche Standpunkte in einem Band, kann vergleichen, diskutieren und sich je nach Lage der Dinge zum Einverständnis oder zum Widerspruch eingeladen fühlen.

Partner von Hans Modrow in der Herausgeberschaft des hier zu besprechenden Buches ist *Ulrich Maurer*, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag. Maurer ist seit Juli 2005 WASG-Mitglied, nachdem er von 1970 bis 2005 der SPD angehört und als Landesvorsitzender in Baden-Württemberg (1987-1999), Mitglied des Bundesvorstandes (bis 2003) und Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg keine kleine Rolle in der Sozialdemokratie gespielt hat.

Modrow leitet den Band mit der Feststellung ein, dass mit Blick auf die für 2007 ins Auge gefasste Vereinigung von Linkspartei und WASG »eine Debatte zu inhaltlichen Fragen noch aus(steht)«, und für deren Inhalt setzt er zwei Schwerpunkte: zum einen die Fragestellung, wie die deutsche Linke die »reale Chance, aus der politischen Isolation herauszukommen«, nutzen will; und zum anderen den Blick auf die Geschichte. »Zu dieser«, meint er, »gehört der verschwundene Realsozialismus,

über den noch immer gestritten wird, ob er nun einfach zurecht unterging oder ob die Tatsache seiner Existenz vielleicht doch in vielerlei Hinsicht nützlich war und Erfahrungen hinterließ« (S. 7).

Die Autorin (es ist nur eine – Christa Luft) und die Autoren des Buches (es sind außer den beiden Herausgebern deren elf), die im Übrigen in großer Mehrheit aus der DDR stammen (zehn von vierzehn) folgen diesen beiden Schwerpunkten nur bedingt. Das ist kein Wunder, denn es ist eben ein Sammelband und nicht das Kompendium langer gemeinsamer Forschungen und Debatten. So bleibt die Modrow-Forderung nach »gleichermaßen dialektisch-kritischer wie unvoreingenommener Aneignung« des DDR-Erbes auch mit diesem Band noch unerfüllt. Aber wie die Entwicklung einer neuen Linken angepackt werden soll – dazu gibt es vielfache und zugleich sehr widerspruchsvolle Vorschläge.

Wobei gleich mit dem ersten Beitrag der Jurist *Friedrich Wolff* (Ost) unter der Überschrift »Die Linkspartei in der Berliner Demokratie« ein Beispiel dafür liefert, dass Kritiken und Vorschläge schnell schmalbrüstig werden, wenn man die bis heute verheerende Wirkung des Versagens der SED bei der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft so komplett ausblendet, wie er das tut. Da mögen die Vorwürfe an der Linkspartei.PDS noch so scharf formuliert sein – weder »erkenne« sie »die gesellschaftliche Situation, die politischen Verhältnisse (und) die zu lösenden Probleme«, noch sei sie »gewillt«, die »notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen« (S. 23) – und die Forderungen noch so vehement erhoben werden – die Partei solle »einen großen Schritt nach vorn auf dem Weg zum Sozialismus machen« (S. 29) –: Wenn am Ende nichts weiter bleibt als der Ruf nach »Verstaatlichung von Wasser, Energie, Eisenbahn, Banken« oder einem »staatlichen, nicht kommerziellen Gesundheitswesen« (Ebenda), dann geht das Ganze doch entschieden am Leben vorbei. Auch an dem der 16 Jahre alten PDS, das ja eben geprägt ist – und geprägt sein musste! – vom Herauswachsen aus der SED und vom Hineinwachsen in eine Gesellschaft, die sich in permanenter Veränderung befindet.

Auch der Historiker *Heinz Niemann* (Ost) und der Politikwissenschaftler *Stefan Bollinger*

(Ost) kommen mit ihren Aufsätzen »Die Linkspartei – ein sozialdemokratischer Phönix aus der Asche?« und »Brüder in eins nun die Hände? Linke Schwierigkeiten mit der Einheit« über harsche Kritik an der Linkspartei.PDS kaum hinaus. Niemann beklagt, was er »schleichende Sozialdemokratisierung der PDS« nennt (S. 31), warnt davor, den Klassenkampf für »obsolet« zu halten (S. 38) und sieht eine Gefahr in der »von führenden Vertretern artikuliert(n) Hoffnung, diese neue Linkspartei werde nun dauerhaft zur Normalität eines westeuropäischen Verfassungsstaates gehören und als Teil des ›Verfassungsbogens‹ akzeptiert werden« (S. 49). Aber was stattdessen wirklich *zu tun* sei – ob man sich also und auf welche Weise vielleicht aus dem Verfassungsbogen heraus katapultieren solle –: Die Antwort darauf bleibt Niemann schuldig. Bollinger bemüht sich um einen WASG und Linkspartei.PDS in Beziehung zueinander setzenden Problemaufriss, kommt dabei zu mancher anregenden Beobachtung, bleibt dann aber auch in der Klage stecken. Er hält bei der PDS »erhebliche Teile des Parteiestablishments, der wohlstuierten Abgeordneten« für »soweit im Kapitalismus und seinem politischen System angekommen, verzahnt, versunken, dass sie den Sozialismus im Alltagsgeschäft als Ziel abgeschrieben haben könnten« (S. 94), und auch die Jungen in der Partei sieht er bereits kompromittiert: »Ihr *kulturelles Linkssein*« müsse »sich nicht mehr auf Arbeit gründen«, darum falle es ihnen »leicht, über soziale Grundsicherung auch ohne Arbeit zu reden, die Freigabe von Drogen zur Bewusstseinsweiterung zu begrüßen, die Vielfalt von Lebensentwürfen toll zu finden und an die Stelle straffer Organisation auf Netzwerke, lockere Diskurse und Projekte zu setzen« (S. 98). Die Fragwürdigkeit solcher Verdikte wie des zuletzt zitierten wird offenbar, wenn man sich die Alternativen vor Augen führt, also: die Vielfalt von Lebensentwürfen *nicht* toll zu finden und an die Stelle der Netzwerke wieder die straffe Organisation zu setzen?

Von ganz anderem Kaliber ist die Kritik des Rechtsphilosophen *Hermann Klenner* (Ost) unter der Fragestellung »Eine Linkspartei im gesamtdeutschen Interesse?«. Auch Klenner sieht vielfachen Grund, mit der Entwicklung der Linkspartei.PDS unzufrieden zu sein. Er

warnt vor der Hoffnung, die im Wahlkampf 2005 propagierte »neue soziale Idee« könne »auf die ungeteilte Zustimmung des ›Volkes‹ stoßen (S. 157 f.), fordert »Klarheit über die Interessenstruktur in Deutschland« (S. 158) und beschreibt die Phrasenhaftigkeit des Begriffes »Gerechtigkeit« in einer »Verfassungswirklichkeit«, in der »die Elite einer personell vernetzten politischen Klasse mit ihrer arbeits-tätig organisierten institutionellen Macht, ihren finanziellen Potenzen, ihren medialen Möglichkeiten und ihren gemeinsamen Shareholder-Interessen regiert« (Ebenda). Aber er hat zugleich ein sicheres Gespür dafür, dass all dem nicht mit alten Rezepten beizukommen ist, respektiert die Mühen des Suchens, beteiligt sich an diesem Suchen mit interessanten historischen Vergleichen und treffsicheren Analysen der Gegenwart. Einige seiner Sätze gehören ins Stammbuch jedes linken Politikers. Zum Beispiel diese: »Eine Linkspartei, die sich als Mitglieder oder Wähler ausschließlich Sozialisten oder Kommunisten herbeiwünscht, wäre parlamentarisch verloren. Sie wäre aber auch verloren, wenn sie Sozialisten oder Kommunisten als kompromittierend von sich fernzuhalten begänne« (S. 157). Oder auch: »Es wird keine andere als eine wirklich linke Partei den Nachweis zu erbringen imstande sein, dass die ihrem Anschein nach zwischen West und Ost stattfindenden Verteilungskämpfe tatsächlich solche zwischen Reich und Arm innerhalb der ganzen bundesrepublikanischen Gesellschaft sind« (S. 160 f.).

Mit mustergültiger Recherche und Problemanalyse sowie einer Fülle gleichermaßen alltags- und zukunfts-tauglicher Vorschläge arbeitet in ihrem Beitrag »Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus suchen« die Ökonomin und langjährige frühere Haushaltsexpertin der PDS-Fraktion im Bundestag *Christa Luft* (Ost). Ihr Plädoyer für das Ringen um eine »Gesellschaftsvision«, die zu haben sie für die Linkspartei für absolut unverzichtbar hält – egal, ob die Partei »von der Oppositionsbank« aus agiert oder »in eventueller Beteiligung an Landesregierungen« – gründet sie auf das Verständnis, dass »eine noch so radikale Kapitalismuskritik allein« für die Gewinnung von Einfluss in der Gesellschaft nicht ausreichen kann (S. 142). Ihre Forderung nach »Intensivierung des makroökonomischen Den-

kens« (S. 144) und nach »Zügelung des Finanzkapitals« (S. 152) verbindet sie mit acht Thesen zur Frage des »Eigentums in linker Alltagspolitik« (S. 145-151), in denen sie all die schwierigen – und ungelösten – Debatten in der Linken produktiv aufzunehmen versteht.

Gar nicht weit entfernt von Christa Luft argumentiert in seinem Text »Ist der Kapitalismus reformierbar?« WASG-Mitbegründer und »Sozialismus«-Redakteur *Joachim Bischoff* (West). Auch er baut – konzentriert auf das Arbeit-Kapital-Verhältnis – Brücken zwischen Alltags- und Zukunftsfragen: Die Lohnarbeitsgesellschaft müsse »in der aktuellen Konstellation in den europäischen Hauptländern« zunächst »zivilisatorisch ausgestaltet« werden; zugleich aber gehe es »um die Öffnung des Weges« zu ihrer »Überwindung« (S. 128). Den »Aufstieg einer neuen Linken« setzt Bischoff ins Verhältnis zur »Krise der Sozialdemokratie« (S. 131-134), und am Ende seines Aufsatzes hat auch er einen »Stammbuch«-Satz parat: »(...) Partei muss sein, wenn gesellschaftliche Macht verändert werden soll. (...) Aber die noch zu schaffende Linkspartei muss sich die Offenheit und das Spannungsverhältnis zu den vielen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft bewahren« (S. 138).

Suche und dialektisches Problemverständnis anstelle von Anklage und Verdikt prägen auch den Aufsatz »Linkspartei in Deutschland – Chancen und Probleme« des Politikwissenschaftlers *Erhard Crome* (Ost). Cromes Überlegungen kreisen um eine neue »prägende Bruchlinie« in der Gesellschaft, die er als »Neoliberalismus vs. Soziale Verantwortung« charakterisiert (S. 61). Im Unterschied zu den eingangs genannten vehementen Kritikern sieht er die PDS »trotz ihrer vielen inneren politischen und programmatischen Probleme (...) auf der Höhe« der Herausforderung, die diese »Bruchlinie« darstellt (Ebenda), und seine Vorschläge, gerichtet auf eine »bewusste Konstituierung als transformatorische Linke«, befreit er als eigenen Beitrag zur Gestaltung des PDS-programmatischen »Dreiecks« aus (1) konkreten Alternativen in der Tagespolitik, (2) kooperativem Verhältnis zu den sozialen, zivilgesellschaftlichen, feministischen, ökologischen und Friedensbewegungen und (3) Erarbeitung von Gesellschaftskonzepten jenseits des realexistierenden Kapitalismus (S. 70 f.).

Letzteres heißt für ihn, »über Sozialismus in einem neuen, demokratischen Sinne nachzudenken« – und in diesem Prozess möchte er auch »das SPD-Programm von 1989« beachtet sehen (Ebenda).

Nur zweieinhalb Seiten lang, aber scharf formuliert ist der Text von Herausgeber *Ulrich Maurer* (West) unter der Überschrift »Pragmatischer Nihilismus. Ein polemischer Nachruf auf die Karriere-Fraktion der so genannten 68er«. Auf eine Vertiefung dieses Themas im Rahmen künftiger Gemeinsamkeit zwischen WASG und Linkspartei.PDS auch bei der Erarbeitung zusammenpassender Geschichtsbilder darf man gespannt sein. Gegen den Nihilismus bedarf es Maurer zufolge: »des Aufstands derer, die ihren ideellen Anspruch nicht verraten haben; der Überwindung der Resignation durch die Bewohner der Elfenbeintürme; des Bündnisses mit dem Teil der Jugend, der sich noch nicht wie die Generation Golf dem gesellschaftlichen Zynismus angepasst hat; und der Hoffnung auf die (Ost-)Deutschen, deren Idealismus zwar missbraucht wurde, die ihn aber noch in den Köpfen haben« (S. 199).

Schließlich bietet der Band: zwei so pointierte wie – ja! – unterhaltsame Bekenntnisse zur Linkspartei aus der Feder der Schriftsteller *Gerhard Zwerenz* (West) und *Uwe Kant* (Ost) unter den Überschriften »Neue Köpfe braucht das Land« und »Hallodris«; ein Plädoyer für eine politische Bildung und Kultur mit der Aufgabe, »unaufhörlich und systematisch zu entschleiern, zu entheucheln, zu enthüllen« (S. 174) unter der Überschrift »Das Sein verstimmt das Bewusstsein« vom einstigen stellvertretenden DDR-Kulturminister und langjährigen Thüringer Landtagsabgeordneten *Klaus Höpcke* (Ost); eine Betrachtung des Journalisten *Reinhard Jellen* (West) zur »Frage der sozialen Gerechtigkeit in der hiesigen Parteienlandschaft« und einen Text zum Thema »Links wo die Nation ist« des Publizisten *Robert Allertz* (Ost).

Alles in allem ist ein Buch entstanden, das man all jenen, die da im kommenden Jahr eine neue linke Partei in Deutschland gründen wollen, zur Pflichtliteratur machen müsste. Und zwar nicht nur wegen der vielfältigen Anregung, sondern auch, weil die großen Unsicherheiten klar hervortreten, die es nicht nur in der programmatischen Arbeit der beiden Par-

teien PDS.Linkspartei und WASG selbst, sondern auch bei ihren Kritikern gibt.

WOLFRAM ADOLPHI

**Andreas Heyer:**  
**Die Utopie steht links! Ein Essay,**  
 Karl Dietz Verlag Berlin 2006,  
 Reihe Texte: 26, 168 S. (12,90 €)

Die Utopie hat es nicht leicht. Nicht nur konservative Kritiker versuchen permanent, ihr den Totenschein auszustellen, auch von linker Seite wird sie immer wieder kritisiert, wird ihr Ende prognostiziert oder sogar gefordert. Am bekanntesten und folgenreichsten ist die Kritik von Marx und Engels im »Manifest der Kommunistischen Partei« (1848) und in Engels Schrift »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« (1882), worin die bisherigen politischen Utopien zwar als Vorläufer des Sozialismus anerkannt werden, ihnen gleichzeitig jedoch Wissenschaftlichkeit und vor allem die Einsicht in die revolutionäre Rolle des Proletariats abgesprochen wird – und damit die Existenzberechtigung. »Utopisch« wird damit zum Schimpfwort auch von links, und diesem Utopie-Verdikt schließen sich nachfolgende Generationen von Linken an – allerdings mit bemerkenswerten Ausnahmen und Gegenpositionen.

Andreas Heyer, den Leser(inne)n von UTOPIE kreativ bekannt durch eine Reihe von Artikeln zum Thema Utopie, hat mit »Die Utopie steht links!« einen Essay vorgelegt, der die Entwicklung des Verhältnisses der Linken zur Utopie nachzeichnet. Wieder einmal wäre der Arbeitstitel des Buches (»Die Linke und die Utopie«) aussagekräftiger gewesen. Heyer untersucht exemplarisch die wichtigsten Denker linker Utopie-Reflexion. Auf Marx und Engels folgen Kautsky, Bebel, Lafargue und Lenin, die zwar auf dem Boden des Marxismus stehen, aber teilweise dessen anti-utopisches »Bilderverbot« mit Ausführungen über die kommende kommunistische Gesellschaft durchbrechen. Kropotkin, Landauer und Buber stehen für den marxismus-kritischen Zweig der Linken, der einen »intentionalen« Utopie-Begriff entwickelt, also von der Intention des

Individuums ausgehend eine genossenschaftliche Alternative zum Staatssozialismus sucht. Es folgen Adler und Marcuse, die die Bedeutung der Kultur und der postmateriellen Bedürfnisse und damit die Offenheit der Geschichte gegen marxistische Zukunftsgewissheit betonen. Ernst Bloch kann als bedeutendster Erneuerer des Utopie-Diskurses nach dem Zweiten Weltkrieg gelten – gleichzeitig richtet er durch seinen völlig ausufernden Utopie-Begriff »innerhalb der Utopieforschung einen Flurschaden an, der nur schwer zu beseitigen« ist. Heyer trägt zur Flurschadenbeseitigung bei, indem er die Kritiker Blochs zu Wort kommen lässt: Jonas, der gegenüber dem »Prinzip Hoffnung« schon aus ökologischer Notwendigkeit das »Prinzip Verantwortung« fordert; Habermas, der Blochs spätexpressionistische »Bindestrich-Terminologie«, vor allem aber den Mangel an Selbstreflexivität und die Verbindung von Utopie und Gewalt moniert; und Adorno, für den Bloch kein Utopie-Forscher, sondern selbst Utopist ist – was für Adorno nichts Gutes bedeutet... Die wichtigsten Utopie-Theoretiker der Linken werden den Leser(inne)n also mit ihren grundsätzlichen Positionen zur Utopie nahegebracht, und das erfreulicherweise in klar verständlicher Darstellung, gleichzeitig quellennah: Die untersuchten Autoren kommen selbst zu Wort, teils mit längeren Zitaten.

Eingebettet in diese Darstellung des linken Diskurses über die Utopie sind Kapitel, die ganz bestimmte Entwicklungsstufen der politischen Utopie selbst beleuchten: Zum ersten »Die zwei Arten der Utopie um 1900« (S. 38-53), wo bereits die Vielschichtigkeit innerhalb der politischen Utopie aufgezeigt wird: Neben der staatlich-homogenen Utopie, dargestellt am Beispiel »Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887« (1888) von Edward Bellamy, existiert eine Tradition der anarchistisch-heterogenen Utopie, gezeigt an »Kunde von Nirgendwo« (1890), eine direkte Antwort auf Bellamy von William Morris. Zum zweiten zeigt das Kapitel über »Die russische Entwicklung« (S. 54-73) sowohl den Höhepunkt der etatistischen Sozial-Utopie, mit den kommunistisch-totalitären Entwürfen von Alexander Bogdanow, als auch deren Bruch: »Wir« (1920) von Jewgeni Samjatin kritisiert die menschenrechtsverachtende Politik des Kom-

munismus schon kurz nach der Oktoberrevolution und erweitert damit den utopischen Diskurs um das neue Genre der Schwarzen Utopie, das nicht mehr das Wunsch-, sondern das Furchtbild einer imaginierten Gesellschaft zeichnet und damit vor möglichen (bzw. bereits eingeleiteten) Fehlentwicklungen warnt. Zum dritten schließlich wird »Der Weg der Postmoderne in den utopischen Roman« (S. 116-143) dargestellt an den ökologischen, feministischen, anarchistischen Utopien der 70er Jahre (»Ökoptopia«, »Planet der Habenichtse« u. a.). Hier zeigt sich nun die neueste Entwicklungsstufe der politischen Utopie, die über die Kritik am Kapitalismus und am Sowjet-Sozialismus hinaus auch die eigenen Entwürfe nicht mehr als Vollendung der Geschichte, sondern als mögliche, durchaus unvollkommene Alternativen darstellt.

Das Buch schließt mit einem Blick auf aktuelle Tendenzen linker Utopie-Reflexion, nämlich die Verteidigung der Utopie gegen konservative Angriffe, wie den Joachim Fests, nach 1989. Heyer zeigt, dass sowohl Utopien selbst wie auch linke Utopie-Reflexion entscheidende Entwicklungsschritte vollzogen haben, dass nämlich die staatlich-autoritäre Linie der Utopie nicht vergessen, aber zurückgelassen wurde und moderne wie zukünftige utopische Entwürfe nicht hinter die heutigen Standards von Demokratie und Menschenrechten zurückfallen (können). Und dass, angesichts der nicht enden wollenden Krise der bürgerlichen Gesellschaft, Utopien nach wie vor notwendig sind.

Nicht erst in diesem Schlussteil wird deutlich, warum der Untertitel einen »Essay« ankündigt: Im Rahmen seiner wissenschaftlichen Studie über Utopie und Utopie-Reflexion verheimlicht Heyer nicht sein eigenes Urteil, bezieht Position, teilt auch manchmal gegen Parteien und Politiker der Gegenwart aus. Der Schluss beinhaltet dann selbst so etwas wie eine Utopie: Die Utopie einer geschichtsbesessenen und selbstreflexiven Linken, die für mehr Demokratie und mehr Gleichheit zu kämpfen vermag. Für Heyer trifft zu, was er selbst an Lafargue beobachtet: »Er steht durch sein Leben und Wirken für die Tatsache, dass man ein politischer Mensch zu sein vermag, engagiert und couragiert, aber dennoch auf anderen Gebieten zu einer wissenschaftlichen

Neutralität fähig sein kann, die zwar partiell durchbrochen, nie aber ganz aufgehoben wird.« (S. 37)

Das Buch ist nicht nur all jenen zu empfehlen, die an Utopie und Utopie-Forschung interessiert sind; es richtet sich gerade auch an alle, die sich als politisch »links« verstehen, mit der Aufforderung, die politische Utopie in ihrer modernen Form als konstitutiv für das Selbstverständnis der Linken (neu) zu entdecken.

MARTIN D'IDLER

Annemarie Türk (Hg.):  
Grenzverkehr, Literarische  
Streifzüge zwischen Ost und West,  
Drava, Klagenfurt 2006,  
320 S. (21 €)

Helga Rabenstein et al. (Hg.):  
Kulturräume. Universitäten  
Klagenfurt, Koper, Ljubljana,  
Maribor, Trieste, Udine, Drava  
Klagenfurt 2005, 160 S. (16 €)

Werner Wintersteiner:  
Poetik der Verschiedenheit.  
Literatur, Bildung, Globalisierung,  
Drava Klagenfurt 2006,  
322 S. (29,50 €)

Während ein nicht mehr ganz junger Eurozentrismus Ablehnung und im Einzelnen auch schon einmal Erschrecken zeitigt, finden sich in den vorzustellenden 3 Bänden eminent Zukunft eröffnende Zugänge zu einem Europa, das Grenzen auch kennt *und* transformiert. Dabei gilt das Interesse den marginalisierten Literaturen, Ethnien und Regionen und zwar in ihrer verwandelnden Kraft. Die voneinander unabhängigen Darstellungen widmen sich dabei literarischer Gestaltung in praxi, institutionellem universitärem Engagement und theoretischer Durchdringung der Materie. Der erste Band bildet die literarische Basis für die-

ses ganzheitliche Europa mit allen seinen Rändern.

Ausgesprochen oft findet sich in diesem Sammelband das Wort »Grenze«, solo und in Zusammensetzungen etwa mit »Erfahrungen« und »Überschreitungen«. Daneben taucht häufig Wien als Ziel- oder Ausgangsort auf. Beides ergibt sich daraus, dass ein österreichisches Projekt Künstler und Künstlerinnen zu Studienaufenthalten einlädt und diese 2004 für die Anthologie literarische Streifzüge zwischen Ost und West unternahmen. Zugleich hat »KulturKontakt Austria« für dieses Unterfangen die Übersetzerinnen und Übersetzer ins Deutsche eingeladen. Wenn die Leserschaft also zu dem Buch greift, ist mit demselben längst etwas geschehen, zwar öffentlich und doch für die Lektüre üblicherweise eine verborgene Grenzgängerei: Die Beiträge sind allesamt übersetzt worden, und die Originale in 12 Sprachen können im zweiten Teil aufgeschlagen werden. 21 Männer und Frauen haben Essays, Skizzen, Gedichte und Tagebuch-Notizen geschrieben, von 15 Dolmetscherinnen und Dolmetschern übertragen. Von Lettland über Rumänien und Albanien bis Russland und Serbien sind Literaturen im kleinen und großen Grenzverkehr vertreten. Damit leistet der Band einen Brücken-Dienst, ohne den das viel beschworene Europa eine Bürokratenidee bliebe.

Der ukrainische Schriftsteller Jurij Andruchowytsh z. B. ist gerade auf der Leipziger Buchmesse mit dem Preis für europäische Verständigung ausgezeichnet worden und hat bei seiner Ehrung in einer fulminanten Rede versichert, er werde nie mehr ins EU-Europa einreisen, solange Visa-Zwang bestünde. In dieser Anthologie verlangt er entsprechend, als Europäer und nicht als Fremder behandelt zu werden. Nelly Bekus aus Weißrussland beschreibt analoge bittere Erfahrungen auf dem »Territorium des Visums«. Die Lektüre verdeutlicht jedenfalls nicht allein mittels dieser Beispiele, dass es aus der Perspektive der Betroffenen noch eine andere Visa-Affäre gibt als die, die politisch 2005 vorgeführt wurde. Die Orte, von denen aus hier geschrieben wird, können nicht einfach als Peripherie abgetan werden. Auch so herabgesetzt, könnte Südosteuropa stärker ins Zentrum des Geschehens rücken, als jetzt vorstellbar. Somit wird insgesamt auf unkonventionelle und einladende Weise Aufklärung und

Weiterbildung in Sachen Europa für Menschen geleistet, die noch andere Stimmen hören möchten als die aus der europäischen Verwaltung.

Der zweite vorzustellende Band versammelt Vorträge auf der Konferenz *kultur.räume*, zu der die Universität Klagenfurt/Celovec ihre Nachbaruniversitäten Triest, Ljubljana, Udine, Maribor und Koper im November 2003 eingeladen hatte – der Alpen-Adria-Raum – synchron als Herberge von Regionalität und Labor der Internationalität. Dabei beherrscht nicht Euphorie die Szene, sondern Einfühlung in die Notwendigkeit. Fortschritte und Hemmnisse im Forschungs- und Wirtschaftsraum z. B. werden deutlich benannt (H.-J. Bodenhöfer), Erfolge und Defizite der akademischen Kooperation kommen zur Sprache samt Mangel an Finanzen sowie hilfreichen Netzwerken und Lobbies (C. Benussi) nebst Bescheidenheit als Meisterin des akademisch Möglichen (P.-H. Kucher). Regionen mit ihren Kulturen und Literaturen im Dialog decken bei unterschiedlicher Methodik der Beiträge blinde Flecken in der Wahrnehmung der Fremden auf (z. B. N. Slibar). Die Mehrsprachigkeit des Bandes mit englischen Resümées liefert ein Exempel für die Transformation vielfach genannter Grenzen.

»Diese Arbeit ist gegen einen bildungspolitischen Zeitgeist gerichtet, der das Bildungswesen den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterordnet und den Anspruch auf Emanzipation durch Bildung längst aufgegeben hat« (S. 226), beschreibt der Autor dieser theoretischen Grundlegung seine Position in schöner Offenheit. Er will der Reduktion und Aushöhlung der Bildungsidee mit einem neuen Programm entgegentreten, nicht mit Nostalgie und Larmoyanz. Eine Poetik der Verschiedenheit wird von ihm in zahlreichen Facetten als Theorie vorgestellt. (Ausführlicher und praktisch entwickelt Wintersteiner sie in einem angekündigten Band »Transkulturelle literarische Bildung. Die Poetik der Verschiedenheit in der literaturdidaktischen Praxis«, das im Innsbrucker Studienverlag erscheinen soll.)

Wer von der Kritik an der Wirkungslosigkeit der Germanistik beeinflusst ist, bekommt durch Wintersteiner vermittelt, wie der »Diskurs der Diversität« einen innovativen Sprung in die Anforderungen der Zeitlage ermöglicht. Grenzen, Immigration, Exil und Asyl werden als

Züge ständig mehr und mehr allgemeingültig werdender Welterfahrung auf ihre erneuernde Wirkung auf die Literaturwissenschaft untersucht. »Die globale Solidarität wird nicht als Errungenschaft der westlichen Zivilisation dargestellt, sondern als zeitgemäße Erneuerung einer Erfahrung und Tradition, deren Existenz von der westlichen Zivilisation bedroht ist.« (S. 39) Wintersteiner erläutert das an einem Text John Bergers, eines Engländers, der seit Jahrzehnten in Frankreich lebt, und zieht das Fazit: »Es gibt keinen Weg mehr zurück, zum alten Heim, nur nach vorne, zu einer noch ungewissen gemeinsamen Heimat für die gesamte Menschheit.« (S. 38) Ein konkreter Kosmopolitismus, der von aktiver Zugehörigkeit zu einer bestimmten Region, der Durchlässigkeit von Grenzen und dem Tanz der Kulturen inspiriert ist, transformiert die nationale Bildung und beendet langfristig die Vorherrschaft des Nordens über den Süden. Lokale Verankerung und globale Perspektive bestimmen eine Kultur des Friedens, die Wintersteiner beschreibt als transnationale Solidarität der Marginalisierten für eine gewaltfreie Transformation eines ungerechten Weltsystems. Die Rede von der Bedeutungslosigkeit der Literatur wird als eine Fehleinschätzung enthüllt, weil Literatur immer noch das Potenzial zur Überschreitung des Nationalen in Richtung Beheimatung in der Welt enthält.

Die so genannten kleinen Literaturen mit ihrer Transparenz für Mehrsprachigkeit und Multikulturalität tragen wesentlich zu dieser Grenzüberschreitung bei und bewahren nicht allein Tradition, sondern kreieren durch Kreolisierung und Hybridisierung eine neue Weltsicht. Das Universale spricht gewissermaßen Dialekt, und das Regionale wirkt in die Weite. Die Literatur der Ränder beeinflusst Mitteleuropa, und dieses bedarf solcher Einflüsse, soll es nicht zur Idylle herunterkommen. Die Anwesenheit dieser kleinen Literaturen vor und auch in den Grenzen der Dominanzkulturen durch Schriftstellerindividuen ist wahrzunehmen, sollen nicht »Medien-Bastarde« den »mitteleuropäischen Kitsch-Konsumenten« (D. Dedovic) in seinen Vorstellungen von fremder Literatur und Kultur prägen. Literarische Bildung wird in diesem Konzept repolitisiert und aufgewertet als Orientierung in Fremdheit, an Grenzen, in kulturellen Mischformen zwischen Kulturen, also

in Kreolisierung, Hybridisierung und Synkretismus.

In spannenden Exkursen, die an je einem exemplarischen Literaturtext die Theorie sichtbar machen, und mit wechselnden Zugängen in Kontinuität des theoretischen Ansatzes zeigt Wintersteiner, wie Literatur als fremdes Wort, fremder Blick auf die Gesellschaft und als fremdes Gefühl inmitten dominierender Emotionen in kulturellem Gewande den vorherrschenden Meinungen Paroli bietet. Eine andere Nachricht vom globalen Markt mit lebenswichtiger Information für das Europa von Verfestigung und Übergang, nicht zuletzt für die Literaturwissenschaft!

JENS LANGER

**Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI):  
WSI Tarifhandbuch 2006,  
Bund-Verlag Frankfurt a. M. 2006,  
299 S. (17,90 €)**

Selbst der Tarifabschluss der IG Metall im April 2006, der von vielen Gewerkschaftern als Erfolg angesehen wurde, beinhaltet eine Öffnung bei den Einmalzahlungen, die ein Abweichen auf betrieblicher Ebene ermöglicht. Das »Tarifhandbuch 2006« des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), das der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung zugeordnet ist, hat die Tarifabschlüsse der letzten Monate untersucht. Das Resultat: Die Tariflandschaft und die Tarifverträge unterliegen einem starken Wandel. Die Tarifbindung geht seit Mitte der neunziger Jahre zurück. Es gibt keine wichtige Branche, für die nicht in den vergangenen Jahren substantielle Öffnungsklauseln vereinbart worden sind.

Ein Blick in die Tarifverträge der verschiedenen Branchen zeigt, wie weit die Eingriffe in die Tarifverträge gehen. Löhne, Urlaubs- und Weihnachtsgeld können betrieblich gesenkt werden. In der Chemieindustrie gibt es niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose. Eine Härtefallklausel in der Metallindustrie sieht vor, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen, wenn der

Unternehmer dies will. Eine Klausel Im Einzelhandel in Ostdeutschland sieht geringere Gehälter in kleineren und mittleren Firmen vor.

Die Tarifverträge in der Metallindustrie weisen ein hohes Maß an differenzierten und flexiblen Regelungen auf, betont der Tarifexperte des WSI-Instituts, Reinhard Bispinck. Tarifstandards der Branchen können in vielfältiger Weise an die »betrieblichen Bedingungen« angepasst werden. Davon wird in der Praxis auch reger Gebrauch gemacht. Die Metalltarife bieten nahezu jedes erdenkliche Maß an Arbeitszeitflexibilität. Regelungen zur Arbeitszeit wurden im Rahmen der Arbeitszeitflexibilisierung seit Mitte der achtziger Jahre vereinbart. Dazu zählen Möglichkeiten zur Arbeitszeitverlängerung, zu Arbeitszeitkonten oder zu Arbeitszeitkorridoren. Seit Mitte der 90er Jahre werden zunehmend tarifliche Möglichkeiten zur befristeten Absenkung der Arbeitszeit vereinbart, die dem Ziel der Arbeitsplatzsicherung dienen sollen. Seit dieser Zeit ist auch zunehmend der Regelungsbereich von Lohn und Gehalt betroffen. Dabei geht es um das befristete Aussetzen vereinbarter Tarifierhöhungen, Einstiegstarife für Arbeitslose oder um die Absenkung tariflicher Grundvergütungen. Auch die leistungsbezogene Vergütung spielt eine Rolle bei Tarifverhandlungen.

Betriebsräte versprechen sich jedoch von dieser Verbetrieblung der Tarifpolitik keine Fortschritte. Für diese Arbeitnehmervertreter ist die Verbindlichkeit von Tarifverträgen von hoher Bedeutung. Von einer zunehmenden Flexibilisierung tariflicher Regeln auf betrieblicher Ebene profitieren nach Meinung der Interessenvertreter nicht die Beschäftigten, sondern die Unternehmen, so das Ergebnis einer WSI-Befragung von Betriebsräten.

»Das System einheitlicher Flächentarifverträge, das mit verbindlichen und unabdingbaren Tarifstandards branchenbezogen die Arbeits- und Einkommensbedingungen aller Beschäftigten regelt, gehört offenkundig der Vergangenheit an«, betont WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. »Es wurde inzwischen abgelöst von einer bunt gescheckten Tariflandschaft. Diese weist ein breites Spektrum tarifvertraglicher Regelungsmuster und unterschiedliche Verbindlichkeitsgrade der Tarifbestimmungen auf.«

Damit das Tarifsysteem nicht weiter zerfasert, sollen nach Beobachtung des WSI Branchentarifverträge systematischer als bislang betrieblich verankert und umgesetzt werden. Insofern gewinnt eine neu definierte »betriebsnahe Tarifpolitik« an Bedeutung. Der Gesetzgeber müsse nach Auffassung von Bispinck eine Re-Stabilisierung des Tarifsystems flankieren. Unterstützende Maßnahmen sind in vielen europäischen Nachbarländern üblich. Dazu gehören für Bispinck ein erleichtertes Verfahren der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen auch gegen den Willen der Unternehmer, eine Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Branchen und ein gesetzlicher Mindestlohn.

MARCUS SCHWARZBACH

Paul Windolf (Hrsg.):  
Finanzmarkt-Kapitalismus,  
VS Verlag für Sozialwissenschaften  
Wiesbaden 2005, 516 S. (49,90 €)

Seit Jahren befindet sich die Welt im Umbruch. Modelle wie der »Fordismus« oder der »Rheinische Kapitalismus« haben ausgedient, um die Wirklichkeit zutreffend zu beschreiben. Offensichtlich ist etwas Neues im Entstehen, aber was? Genau wird man das erst wissen, wenn der Transformationsprozeß abgeschlossen ist. Schon heute aber ist es möglich, Tendenzen aufzuzeigen, auf Veränderungen hinzuweisen und Erklärungsversuche zu wagen, um den sich vollziehenden Umbruch schließlich »auf den Begriff« zu bringen. Der vorliegende Sammelband, erschienen als Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, ist ein solcher Versuch. Er verbindet erste Analysen des neuen Kapitalismus mit gewagten Hypothesen und Feldbeobachtungen und vermittelt dem Leser auf diese Weise ein imponierendes Bild über den aktuellen Diskussions- und Forschungsstand. Noch viel wichtiger aber ist, daß die Autoren in ihren Texten ein Reihe wichtiger vorwärtsweisender Fragen aufwerfen und damit die Richtung der künftigen sozioökonomischen Forschung markieren.

Zentraler Gegenstand des Buches ist der »Finanzmarkt-Kapitalismus«. Hierzu gehört



die Analyse der Institutionen des Finanzmarktes, ihres Funktionierens sowie ihres Einflusses auf die Realökonomie. Es wird die These vertreten, daß der gegenwärtige Umbruchprozeß vor allem durch eine Zunahme der Bedeutung der Finanzmärkte und deren wachsenden Einfluß auf die Strategie und Struktur der Unternehmen charakterisiert ist. Sowohl das Produktionsmodell als auch das Akkumulationsregime und die Regulationsweise sind davon betroffen, so daß in der Tat von einem sozio-ökonomischen Umbruch gesprochen werden kann. Die Frage ist jedoch, ob das neue globale postfordistische Produktionsregime auch ein »Wachstumsregime« ist, das letztlich zu mehr Beschäftigung und mehr Wohlstand führt, oder ob es sich dabei lediglich um ein »Umverteilungsmodell« handelt.

Im einleitenden Beitrag geht Paul Windolf der Frage nach den neuen Eigentümern im Finanzmarkt-Kapitalismus nach. Waren dies früher die Aktionäre im Verein mit den Banken, so sind es heute die Investment- und Pensionsfonds. Am Beispiel der Deutschen Börse wird gezeigt, wie das frühere korporatistische Kontrollsystem der Banken inzwischen durch eine Kontrolle des Managements durch Investmentfonds abgelöst wurde. Letztere agieren im Unterschied zum Bankensystem global und orientieren sich eher an kurzfristigen Gewinninteressen. Dadurch verändert sich das Produktionsregime (»Deutschland-AG«) hin zu einem globalen »shareholder-value«-Regime.

Im zweiten Teil wird dieser Prozeß genauer untersucht und der Finanzmarkt-Kapitalismus gegenüber Hilferdings Finanzkapital-Begriff von 1910 abgegrenzt. Der Autor zeigt, daß dafür vor allem die Pensions- und Investmentfonds, die heute in den USA bereits 60 Prozent der 1 000 größten Aktiengesellschaften besitzen, verantwortlich sind. Das neue Kontrollinstrument ist nicht der Kredit, sondern sind die Eigentumsrechte, woraus sich eine Machtverschiebung ergibt. An diese faktengestützte Analyse knüpft der Autor allerdings die gewagte These, daß dieses Regime letztlich nicht wachstumsfördernd, sondern -hemmend sei (S. 53), was sich aktuell noch nicht belegen läßt. Trifft diese Aussage zu, so hätten wir es mit einem parasitären System zu tun, das tendenziell den Wohlstand gefährdet. Christoph Deutschmann greift diese Frage auf. Er verfolgt dabei eine Mehrebenen-Per-

spektive, welche das Handeln der Akteure in den Unternehmen und Haushalten ebenso einbezieht wie die Meso-Ebene der institutionellen Investoren. Seine zentrale These lautet, daß es durch die Schlüsselrolle, welche die Investment- und Pensionsfonds im Finanzmarkt-Kapitalismus einnehmen, zu »einem depressiven Effekt« auf das Wachstum kommt (S. 58 ff.). Er macht diese These vor allem an der Beobachtung fest, daß der ungeheuren Mobilisierung von Finanzvermögen in der Gegenwart eine ausgesprochene Schwäche bei den Investitionen entspricht, woraus die Neigung zu spekulativen »Blasen« entspringt, zu Finanzkrisen. Bei der weiteren Erörterung dieser Problematik greift der Autor auf die umstrittene These von der (relativen) Loslösung der Finanzsphäre von der Realsphäre zurück. Nicht immer glücklich, wie es scheint. So vergleicht er den Verwertungsprozeß des Finanzkapitals mit einem »Kettenbriefsystem« (S. 65), glaubt, daß das überproportionale Anwachsen der Finanzvermögen den »hohen Realzinsen« zuzuschreiben sei (S. 78) und postuliert aus unerfindlichen Gründen die »Einlösung« der aufgelaufenen öffentlichen Schulden (S. 80). Insbesondere letztere Forderung dürfte sich als illusionär erweisen. Zudem beruht sie auf einem vorkreditmarkt-kapitalistischen Geldverständnis und paßt daher nicht so recht in die Logik der ansonsten sehr überzeugenden Darstellung.

Der für das theoretische Verständnis des Kreditmarkt-Kapitalismus zentrale Beitrag des Buches stammt von Klaus Dörre und Ulrich Brinkmann. Sie zeigen, daß sich im Zuge der finanzmarktkapitalistischen Transformation ein »flexibles Produktionsmodell« herausbildet, was zu einer Restrukturierung der Arbeitsgesellschaft führt. Der Finanzmarkt fungiert dabei als Triebkraft. Letztlich verändert sich dadurch alles: Leitbilder, Managementprinzipien, Unternehmensstrategien, Regulierungsformen, Institutionen. Die Autoren zeigen die Anfänge eines »nachfordistischen Produktionsmodells« auf, weisen allerdings darauf hin, daß sich dieses nur sehr allmählich durchsetzt. Zentral ist die Marktsteuerung und die kohärenzstiftende Rolle des Geldes. Arbeitspolitisch hat nur Bestand, »was sich unter dem Druck der vielfach beklagten ›tyranny of finance‹ als überlebensfähig erweist« (S. 87). In gelungene-

ner Verbindung ökonomischer und soziologischer Analyse arbeiten die Autoren heraus, wie sich unter den neuen Bedingungen die Spielregeln in den »sozialen Arenen« grundlegend verändern. Überraschend ist dabei der Befund, daß sich der »entscheidende Bruch« nicht auf der Ebene der Arbeitsorganisation vollzieht, sondern durch die Dominanz der »finanzialisierten« Marktökonomie gegenüber der Produktionsökonomie (S. 111) zustande kommt.

Abgerundet wird der zweite Teil durch einen Aufsatz von Stefan Kühl über Erfolg und Mißerfolg im »Exit«-Kapitalismus, worin der Autor das Gewinnmotiv in risikokapitalfinanzierten Unternehmen thematisiert und zeigt, daß hier alles auf eine kurzfristige Strategie des Anlegens und Gewinnrealisierens durch Verkaufen hinausläuft. Der Profit dient dabei als »Mythos«, um die Finanzierung als Kapitalmarkt sicherzustellen.

Der dritte Teil des Bandes ist den Mikrostrukturen der Finanzmärkte gewidmet. Der vierte Teil den institutionellen Strukturen. Der fünfte Teil beginnt mit einer historischen Analyse der Unternehmensfinanzierung in Deutschland seit 1848 von Dieter Ziegler. Dieser Beitrag ist vor allem deshalb von Interesse, weil er deutlich macht, welche zentrale Rolle im früheren Kapitalismus die Banken spielten und wodurch sich der Finanzmarkt-Kapitalismus hiervon unterscheidet. Der sechste Abschnitt ist dem Thema Finanzmärkte und Korporatismus gewidmet, der siebente Abschnitt der sozialen Ungleichheit. Im letzten Teil ist vor allem der Beitrag von Stefan Hradil beachtenswert. Der Autor untersucht, ob und warum seit den 70er Jahren die soziale Ungleichheit wieder im Wachsen begriffen ist. Er diskutiert dies auf der Basis von Modernisierungs- und Globalisierungstheorien und anhand empirischer Daten. Sein Fazit lautet: »Die Verteilungen der verfügbaren Haushaltseinkommen sind in den meisten entwickelten Ländern wieder (...) ungleicher geworden. Dies stellt einen Trendbruch dar. (...) Eine Gesellschaft der Einkommensgleichheit wird aber auch dann nicht kommen, wenn das derzeitige Ungleichgewicht überwunden sein sollte« (S. 481).

ULRICH BUSCH

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

## kreativ

### Bestellkupon

An  
UTOPIE kreativ – Redaktion  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- I
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 135 bis 158 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 134 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
PLZ, Ort

.....  
Kontonummer

.....  
BLZ / Geldinstitut

.....  
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift